

Dr. Rainer Volkmann

**Redigierter Text des Vortrages am 1. Mai 2017 zur Maiveranstaltung des DGB Kreisverbandes Altenkirchen**

## Der Neoliberalismus ist ein Triumph gescheiterter Ideen

„Was wir derzeit erleben, erscheint im Rückblick als ein kontinuierlicher Prozess schrittweisen Niedergangs zu sein. Und nirgendwo ist eine Kraft zu sehen, von der eine Umkehr der drei Abwärtstrends

- beim Wirtschaftswachstum
- der sozialen Gleichheit
- und der finanziellen Stabilität

zu erwarten wäre“ (Wolfgang Streeck, langjähriger Direktor des Max Planck Instituts für Gesellschaftsforschung).

Natürlich gibt es auf einzelnen Gebieten durchaus richtige Entwicklungen: Ich nenne die Einführung von Mindestlöhnen, nach 10 Jahren Stagnation nun steigende Reallöhne, in Ansätzen Eingriffe und Kontrollen in bisher unkontrolliertes Finanzgebaren, natürlich die gegenwärtige Diskussionen um „Gerechtigkeit“ und Bemühungen um Korrekturen in der Arbeitsmarktpolitik, nicht zu vergessen der hohe Beschäftigungsstand und angeblich historisch niedrigere Arbeitslosigkeit. Aber meine Sorge ist, dass weiterhin die negative Grundtendenz des eigentlich gescheiterten Neoliberalismus dominiert,

- weiterhin anonyme Marktgesetze in allen wirtschafts- und Lebensbereichen zu exekutieren, durchzusetzen.
- Wettbewerb und Konkurrenz als ein einigendes Band unserer Gesellschaft zu installieren
- und sozialstaatliche Regulierungen nur als schädliche Störfaktoren für unternehmerisches freies Handeln zu begreifen

Ich möchte mit meinem Beitrag auf Fehler und Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik hinweisen, aber eben auch auf Chancen, die sich aus einer nachfrageorientierten Politik mit nicht zuletzt einer starken Lohnpolitik ergeben können, hinweisen.

### Außenwirtschaft: Germany first!

Ich möchte zunächst mit der Außenwirtschaft beginnen, weil wir hier die stärksten Widerstände gegen eine nachfragestärkende Lohnpolitik haben. Ich beginne mit einer kleinen Anspielung. Ein implizites Motto der deutschen Wirtschaftspolitik lautet seit langem: „Germany first“. Aber dahinter steht nie – wie im Original – die Abschottung, sondern im Gegenteil die Notwendigkeit der offenen Grenzen und freier Handel.

Deutschland kommt nämlich deshalb „zuerst“, weil die deutsche Industrie im Konkurrenzkampf andere Industrien niederringt

- durch hochwertige Produkte

- aber auch durch eine in der Vergangenheit im Vergleich mit anderen Ländern sehr „moderate“ Lohnentwicklung und weitere Verbilligungsprozesse wie Armutslöhne, Leiharbeit aber auch Senkungen der Unternehmenssteuern

Mit der Einführung des Euro wurde für den deutschen Außenhandel noch ein zusätzlicher Turbo eingeschaltet. Bis dahin galt: Bei Handelsüberschüssen kommt eine Währung unter Aufwertungsdruck (Die Währung des Exporteurs ist gefragt). Die Aufwertung verteuert die Produkte, was zumindest die preisliche Wettbewerbsposition durch niedrigere Lohnstückkosten tendenziell aufhebt. Innerhalb einer Währungsunion scheidet dieser Mechanismus aber aus. Man hat ja dieselbe Währung. So werden heute in der Währungsunion die auseinanderdriftenden Entwicklungen wegen unterschiedlicher Lohnstückkosten nicht mehr durch Wechselkursänderungen korrigiert und bleiben somit erhalten.

Man kann es auch anders formulieren: **Da Wechselkursänderungen, um Wettbewerbsvorteile zu erreichen, nicht mehr möglich sind, droht in Europa ein Wettbewerb über Lohnkosten bzw. Lohnstückkosten. Abwertungen oder – stattdessen - Lohnsenkungen sind gleichermaßen geeignet, preisliche Wettbewerbsvorteile zu erreichen.** Fachlich wird die „äußere Abwertung“ nun durch die „innere Abwertung“ ersetzt. So lagen die deutschen Lohnstückkosten 2001 bis 2014 unter dem Anstieg aller (!) restlichen Länder der Währungsunion (und auch der EU-Länder) und bildeten mit Irland das Schlusslicht. Aber auch bei Exporten jenseits der Eurozone hilft die gemeinsame Währung: Weil die Währungszone insgesamt keine so großen Überschüsse erzielt wie Deutschland für sich allein, ist der Euro nicht so stark unter Aufwertungsdruck gekommen, wie es zu Zeiten der D-Mark der Fall gewesen wäre.

. Ich sprach zuvor von einer „moderaten“ Lohnentwicklung, aber tatsächlich ergaben sich im Zusammenspiel von Nominallohn und der Preispolitik der Unternehmer sogar negative Reallohnentwicklungen: Von 2000 bis 2011 sanken die deutschen Reallöhne um minus 2,7 Prozent, während sie in den anderen EU-Ländern um + 7,6 Prozent stiegen. Bei einer binnenmarktorientierten Wirtschaft haben schwache Lohnentwicklungen und Sozialleistungen für sich negative Wachstumseffekte. Aber diese Binnenmarktorientierung hat die deutsche Volkswirtschaft nicht. Dennoch entsteht ein Dilemma: Niedrige Löhne mögen zwar positiv für Unternehmen sein, weil der angestrebte Gewinn durch Kostensenkung erhöht wird. Andererseits ist der Gewinn gefährdet, weil zur Realisierung die Nachfrage reduziert ist. Dieses Dilemma kann aber gelöst werden durch Rückgriff auf nicht-lohnabhängige Nachfrage. Dafür gibt es vereinfacht 2 Strategien:

- Länder, die die fehlende lohnfinanzierte Nachfrage durch Staatsnachfrage kompensieren und dies zwangsläufig über eine explodierende Verschuldung finanzieren.

Dafür stehen zB. die USA. Ihre gesamtstaatlichen Schulden betragen in 2000: 5,4 Billionen; in 2015: 19 Billionen bzw. 105 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Schulden müssen ohnehin nicht zurückgezahlt werden- warum auch: Sie sind ja für Versicherungen, Pensionsfonds, sonstige Kapitalsammelstellen eine sichere und vor allem notwendige Anlage, weil die Anlage und Spekulation in Aktien eingeschränkt ist

- Ländern, die die unzureichende lohnfinanzierte Nachfrage im Inland durch Rückgriff auf Auslandsnachfrage kompensieren. Dafür steht Deutschland; denn für den Export zählen nur die Kostensenkungen.

### Exportüberschuss Modell Deutschland verfestigt

So wurde das Exportüberschussmodell Deutschland verfestigt. Aber das hat Folgen: Das Problem ist nicht, dass die deutsche Industrie den Weltmarkt versorgt also exportiert. Das ist Folge der internationalen Arbeitsteilung. Das Problem sind die Überschüsse. Makroökonomisch bedeuten Exporte Beschäftigung und Produktion im Inland, aber Verkauf ans Ausland- was folglich diese Produktion und Beschäftigung im Ausland unnötig macht. Importe dagegen sichern Produktion und Beschäftigung im Ausland. **Wären unsere Importe genauso hoch wie die Exporte, würden wir soviel Arbeitsplätze im Ausland sichern wie wir auch dort durch Exporte gefährden.**

Dieser „Ausgleich“ ist bei Handelsbilanzüberschüssen nicht gegeben. Es gilt:

1. Zunächst müssen sich die Abnehmer der Produkte in Deutschland in dem Maße verschulden, in dem sie mehr Güter von uns kaufen als wir von Ihnen kaufen. Die Zahlungsströme des Außenhandels werden von der Europäischen Zentralbank erfasst. Dort führen Handelsbilanzüberschüsse immer zu einem Anwachsen der Forderungen gegenüber den anderen Ländern, die mit einem Handelsbilanzdefizit (also mehr gekauft als verkauft) sich demnach verschuldet haben. Das ist die buchhalterische Bewertung von Überschuss und Defizit in den internationalen Handelsbeziehungen. Für diese Form der Verbuchungen spielt keine Rolle, in welcher Währung gehandelt wird.
2. Wir „opfern“ ja für unsere Außenwirtschaftsorientierung eine hohe Binnennachfrage, weil zwecks Sicherung der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ regelmäßig Lohndruck als Kostensenkung praktiziert wird. Das Phänomen von gleichzeitiger Exportweltmeisterschaft und Massenarbeitslosigkeit hat genau hier über Jahre seine Erklärung und ist kein Widerspruch.
3. In dem Maße, wie Exportvorteile über Lohnkostenvorteile erkaufte werden, sind aber auch die einheimischen Arbeitnehmer mit ihrem Einkommen in Deutschland Verlierer dieser Politik.

## Kritik am Modell Germany first

Die Kritik am Modell „Germany first“ wird immer lauter. Übrigens: Sie kommt eher selten aus den südeuropäischen Krisenländern, sondern von der EU-Kommission, OECD, IWF (jüngst nachzulesen in der FAZ v. 11.4.: „Lagarde fordert Deutschland zu mehr Investitionen auf“). Kritik am deutschen Handelsbilanzüberschuss äußert jüngst der französische Präsidentschaftskandidat Macron, immer schon die US-Administration unter Obama und nun natürlich – Trump. Aber auch von gewerkschaftsnahen Instituten wie dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans Boeckler Stiftung, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung DIW und von den Wirtschaftswissenschaftlern in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik verbindet sich die Kritik an der einseitigen Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik mit der Sorge um ein wachsendes Auseinanderdriften der Volkswirtschaften in der Europäischen Union.

**Das Fazit der Kritik: Die Bundesrepublik müsse über mehr Investitionen und höhere Löhne die Binnennachfrage stärken, um u.a. über wachsende Importe die Handelsbilanz auszugleichen und damit einen Beitrag zur Reduzierung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte zu leisten.** Schließlich sind Überschüsse und Defizite zwei Seiten der gleichen Medaille „Ungleichgewicht“. Die Frage lautet also: Ist überhaupt die Binnennachfrage zu stärken, und wie kann dies erfolgen ?

Wenn man sagt: Solange es hohe Arbeitslosigkeit gibt, muss alles getan werden, um hier weitere Erfolge zu erreichen. Da ist das Setzen auf eine stetige Hoffnung, das Ausland möge immer für wachsende Exporte und damit für unsere Konjunktur sorgen, eine höchst unsichere Strategie- auch wegen der aufgeführten Kritikpunkte. Wir haben natürlich Massenarbeitslosigkeit. Die vorhandenen Erfolge auf dem Arbeitsmarkt erreichen viele AL nicht, die Zahl der Langzeitarbeitslosen stagniert auf hohem Niveau (ca. 1 Mio). Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen – viele befinden sich in vielfältigen „Maßnahmen“ der Bundesagentur für Arbeit -ist mit ca. 4,5 Mio höher als die offiziell registrierten 2,6 Mio. Und dabei sind noch nicht einmal jene berücksichtigt von den ca.14 Mio Teilzeitbeschäftigten, die eigentlich Vollzeit arbeiten möchten.

Ich möchte dabei auf ein wichtiges Phänomen aufmerksam machen: Die Arbeitslosigkeit nahm zwar ab, aber das Arbeitsvolumen – die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) jährlich erfassten tatsächlichen Arbeitsstunden- ging über Jahrzehnte zurück. Es betrug in 1991 60 Mrd Arbeitsstunden, sank bis 2014 auf 57 Mrd Stunden. Und dieser negative Trend ist erst in den letzten beiden Jahren - nach 25 Jahren ! --wieder knapp auf den Wert von 2000 aber noch unter dem Wert von 1991 gestiegen.

Dagegen ist die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum von 39.5 auf rund 43.5 Mio. gestiegen. **Die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 haben also nicht mehr Arbeit geschaffen, sondern mehr Menschen auf ein gegebenes Arbeitsvolumen verteilt. Vergleichbar wäre dies mit einem Kuchen, der zwar kleiner, die Zahl der Kuchenesser aber grösser wurde.** Wir haben somit eine Erklärung für den Anstieg der Erwerbstätigen:

Viele fanden deshalb Arbeit, weil sie sich mit einem kurzen, „prekären“ Arbeitstag begnügen mussten.

Nun hat es erst in den letzten beiden Jahren einen Anstieg des Arbeitsvolumens gegeben. Dies ist ganz klassisch über das Wirtschaftswachstum zu erklären, auch wenn es bescheiden bei etwa 1,6 Prozent lag. Aber das Wirtschaftswachstum allein besorgt das nicht, es kommt auf die Arbeitsproduktivität an. Unser nicht spektakuläres Wirtschaftswachstum, nun aber kombiniert mit einer historisch schwachen Produktivitätsentwicklung von insgesamt 6 Prozent in den letzten 6 Jahren zusammen (= durchschnittlich 1 Prozent im Jahr) hat damit dafür gesorgt, dass schon geringe Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes nur durch mehr Arbeitsstundeneinsatz erreicht werden. Das haben wir so noch nie gehabt. Der Zuwachs an Erwerbstätigen ist der niedrigen Produktivität zu danken, und das ist sicherlich nicht die Leistung der Regierung, die selbst immer für das Streben nach höherer Produktivität steht, etwa um die deutsche „Wettbewerbsfähigkeit“ zu sichern. Das heißt aber umgekehrt auch: Sollte die Produktivität steigen, wird für das gleiche Wirtschaftswachstum (prognostiziert ist für 2017 etwa 1,5 Prozent) kein einziger zusätzlicher Erwerbstätiger benötigt. Es käme dann zum sog. „beschäftigungslosen“ Wirtschaftswachstum.

Das ist somit ein Plädoyer für eine Politik, die das Wirtschaftswachstum deutlich anheben sollte. Da das Wirtschaftswachstum als Wachstum des Bruttoinlandsproduktes erfasst wird und dieses bekanntlich aus Nachfrage des Konsums, der Investitionen, des Staates und des Handelsbilanzsaldos besteht, haben wir damit die Ansatzpunkte einer – richtigen- Wirtschaftspolitik benannt.

Wenn wir also noch weit weg von einer befriedigender Arbeitsmarktlage sind, stellen sich die Fragen:

- Was also wäre zu tun ?
- Was sind die Probleme, die Widerstände, wenn wir die Nachfrage erhöhen wollen ?

Dazu sollen zwei Nachfragbereiche behandelt werden

## Schritte zu mehr Beteiligung und Teilhabe für alle

### 1. Der private Konsum

Der private Konsum ist gegenwärtig sogar Wachstumsträger. Warum war das möglich ? Natürlich ist hier die wachsende Zahl von Erwerbstätigen zu nennen, auch die wieder steigenden Nominallöhne. Doch ein wichtiger (manche sagen: der wichtigste) Faktor waren die sog. „terms of trade“, also die internationalen preislichen Austauschbeziehungen. Wenn in 2016 die Nettolöhne je Arbeitnehmer um 2,2 Prozent stiegen, sorgten vor allem die sinkenden Ölpreise dafür, dass die Verbraucherpreise sich nur um 0,5 Prozent

erhöhten. Somit stiegen die realen Nettolöhne um 1,7 Prozent. Zum Vergleich: Im letzten Jahr vor Amtsantritt der großen Koalition 2013 stiegen die Nettolöhne je Arbeitnehmer um 1,9 Prozent, die Preise um 1,5 Prozent, was einen Reallohnanstieg um lediglich 0,4 Prozent bedeutete. Zu den aktuell günstigen Rahmenbedingungen, die den Nachfrageschub des Konsums besorgt haben, hat die jetzige schwarz-rote Koalition nichts beigetragen. Sie hat keinen Einfluss auf die Ölpreise

Im Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute vom April 2017 werden allerdings wieder 1,5 Prozent Preissteigerungen prognostiziert sowie eine moderate Lohnerhöhung von 2,2 Prozent, was also nur bescheidene Reallohnsteigerungen in diesem Jahr erwarten ließe, **wenn** nicht im Durchschnitt höhere Lohnabschlüsse als im vergangenen Jahr erreicht werden.

Noch ein anderer Grund spricht für eine expansive Lohnpolitik. Die Einkommensverteilung hat sich in den letzten 17 Jahren zu Lasten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen verschlechtert. Die Lohnquote, also der Anteil des sog. Arbeitnehmerentgeltes (früher: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit), hat sich von 2000 mit 72 Prozent auf 2007 mit 63 Prozent verschlechtert und ist jetzt in 2016 immer noch 4 Punkte unter dem Stand von 2000.

Die jährlichen Arbeitnehmerentgelte in den Jahren der gesunkenen Lohnquote kann man nun vergleichen mit jenen Entgelten, die uns bei unveränderter Lohnquote aus dem Jahr 2000 zur Verfügung gestanden hätten. So wäre in 2014 das Arbeitnehmerentgelt um 86 Mrd. höher ausgefallen als tatsächlich., in 2010 wären es 102 Mrd. mehr gewesen. **Diese Rechnung kann man nun für die Jahre 2000 bis 2015 machen und kommt dann zu dem Ergebnis, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen AN in den letzten 15 Jahren insgesamt auf ein Einkommen von 1,2 Billionen Euro „verzichtet“ haben, weil die Lohnquote, also die Einkommensverteilung sich verschlechtert hat.** Zu erklären ist dies durch das viele Jahre nicht erfolgte Ausschöpfen des verteilungsneutralen Spielraums bei den Lohnabschlüssen, der zahlenmäßig sich als Summe von Produktivitäts- und Preissteigerung errechnen lässt. Der Name sagt ja, dass Lohnerhöhungen im Maße der Produktivität und der Preissteigerungen die Verteilung (Lohnquote) nicht geändert hätten. Da eine Lohnquote nicht naturgegeben ist, charakterisiert der Niedergang der Lohnquote die gegenwärtigen politischen Stärken und Schwächen in den lohnpolitischen Auseinandersetzungen. Dem Rückgang der Lohnquote steht spiegelbildlich ein Anstieg der Gewinnquote entgegen. Dennoch sind die Sachinvestitionen der Unternehmen nur wenig gestiegen;

- weil statt Sach- nunmehr zunehmend Finanzanlagen gesucht werden.

- weil die Binnennachfrage zu gering ist, um Erweiterungsinvestitionen zu tätigen: Letztere waren früher einmal das Hauptmotiv für Investitionen und sind heute das 5-letzte Motiv bei Investitionen

Bedenklich ist auch die Verteilung innerhalb der Lohneinkommen. Während es bei den höheren Löhnen Zuwächse gegeben hat, haben sich die unteren Löhne deutlich schwächer entwickelt. **Und die niedrigsten 10 Prozent der Einkommensbezieher hatten in 2015 ein um fast 10 Prozent geringeres Realeinkommen als in 1991. Hier hat erst die Einführung des Mindestlohns für Verbesserung gesorgt.**

Aus der schiefen Einkommensverteilung haben wir eine Verbindung zu ungenutzten Wachstums- und Beschäftigungschancen: Die Wirtschaftswissenschaften kennen die Spar- und damit Konsumquoten der Haushalte, gegliedert nach der Höhe des verfügbaren Einkommens. „Arm“ und „Reich“ haben unterschiedliche Konsumquoten, also welchen Anteil ihres Einkommens sie für Konsum ausgeben, während der Rest gespart wird. Wenn nun „der Reiche“ eine Konsumquote von 50 Prozent, der „Arme“ von 90 Prozent hat, dem „Reichen“ über eine Steuererhöhung einen Euro weggenommen wird, um ihn dem „Armen“ über eine Steuersenkung u.a. zu geben, stehen sich Konsumsenkung von 50 Cent und Konsumerhöhung von 90 Cent gegenüber. Netto hat sich durch Umverteilung der Konsum um 40 Cent erhöht. So kann durch Umverteilung zugunsten der geringer Verdienenden die Nachfrage erhöht werden. Diese Überlegungen haben ja auch Folgen für die Investitionen der Unternehmen. In Produktionsanlagen wird nur investiert, wenn es begründete Annahmen über eine entsprechende Nachfrage gibt, und diese kann erhöht werden durch

- steigende Löhne
- Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer mit hoher Konsumquote.

**Die Reduzierung der Einkommensungleichheiten ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine der ökonomischen Vernunft.** Aber da ist leider von dieser Regierung nichts zu erwarten.

## 2. Die Staatsnachfrage

Alle, nicht nur die mit der Integration der Flüchtlinge verbundenen Herausforderungen treffen auf eine seit mehr als 20 Jahren planmäßig ausgezehrt öffentliche Verwaltung. Prioritär geht es der Finanzpolitik von Bund und Ländern nicht mehr um eine zukunftsgerechte Gestaltung des Gemeinwesens, sondern um eine Politik des Staatsrückzugs aus der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben. Der Preis für das Gemeinwesen ist hoch. Zum einen unterbleiben notwendige staatliche Investitionen, auch, weil der Rotstift auch bei der Personalplanung angesetzt wurde (Im DIW - Wochenbericht 11/2017 heißt die Überschrift über ein Gutachten: „Kommunale Investitionsschwäche: Engpässe bei Planungs- und Baukapazitäten bremsen Städte und Gemeinden aus“).

Der Staat baute Personal ab: Anfang 1990 gab es im öffentlichen Dienst bundesweit 6,7 Mio Beschäftigte. **Für Arbeitnehmerentgelt wandte die öffentliche Hand etwa 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukt auf, was damals schon der viert niedrigste Wert in der EU nach den baltischen Ländern war. In 2014 jedoch bildete Deutschland mit einem Anteil der**

**Personalausgaben von 7,7 Prozent am Bruttoinlandsprodukt innereuropäisch gemeinsam mit Rumänien das Schlusslichtduo.** Und in der Hamburger Schuldenbremse werden alle Tariferhöhungen über 1,5 Prozent sogleich mit einem Abbau von „Vollzeitäquivalenten“ bestraft.

Zum anderen folgt die Personalpolitik dem neoliberalen Leitbild der Nachrangigkeit öffentlicher Leistungen nach privatwirtschaftlichen Leistungen (Jahresgutachten des Sachverständigenrates in 1982/83:“ Die Kosten von Staatsleistungen sind die durch sie verdrängte private Güterproduktion“)

Wie wenig hier die deutsche Finanzpolitik sich ihrer Zukunftsaufgaben besinnt, zeigt der Hinweis: **Die deutschen staatlichen Nettoinvestitionen sind seit 2003 negativ, d.h. es werden noch nicht einmal Ersatzinvestitionen zum Erhalt der öffentlichen Infrastruktur geleistet.** So ist festzuhalten:

- die öffentliche. Infrastruktur verfällt (Investitionen erhalten nicht einmal die Substanz).
- Der Anteil öffentlicher Investitionen am Bruttoinlandsprodukt dümpelt bei 2,2 Prozent vor sich hin.
- **Die öffentlichen Infrastrukturdefizite belaufen sich auf ca. 130 Mrd jährlich (KfW-Panel, Deutsches Institut für Urbanistik)**

Wir halten fest: Die private und staatliche Nachfrage hat sowohl einen historischen Nachholbedarf als auch die wichtige Aufgabe der langfristigen Stärkung der Binnennachfrage . Das gilt für die Lohnentwicklung, aber vor allem auch für die Fiskalpolitik. Auch gilt es somit, von der konjunkturellen Abhängigkeit des Auslandes wegzukommen und einen Beitrag zur Minderung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu erbringen.

Vielfach ist ja – gerade bei der Finanzierung von Staatsausgaben - zu hören, dass die Steuereinnahmen zwar gut ausfallen, aber sie würden nicht ausreichen, um den Investitionsstau abzubauen. Warum reichen sie nicht aus ? Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans Boeckler Stiftung haben in 2013 einmal **die Ausfälle an Steuereinnahmen durch die Steuerrechtsänderungen des Finanzministers Steinbrück zu Zeiten der rot-grünen Koalition unter Schroeder/Trittin seit 1998 aufgelistet: Jedes Jahr entgehen Bund, Länder und Gemeinden Steuereinnahmen , die beispielsweise in ihrer Höhe zwischen 29 Mrd (2001) und 45 Mrd (2013) betragen und in ihrer Größenordnung kumuliert alle 6-7 Jahre den Steuereinnahmen des Bundes in 2016 in Höhe von 316 Mrd entsprechen.**

Die Regierung regiert auf diesen Steuereinnahmeausfall mit entsprechenden Ausgabenbeschränkungen, was über die Schuldenbremse und der „schwarzen Null“ zu einer rückschrittlichen, kontraktiven Ausgabepolitik des Staates führt. Zu erwarten ist in Zukunft aber noch eine wesentlich härtere Kürzungspolitik, denn Finanzminister Schäuble will auf die Steuersenkungspläne von des amerikanischen Präsidenten Trump- Senkung der



Unternehmenssteuersätze von 35 auf 15 Prozent - reagieren ( FAZ vom 28.4.17: „Trumps Steuerplan setzt Schäuble unter Druck“)

Die weiteren Impulse der Bundesregierung sind also schwach. Für sie steht die Übererfüllung der Schuldenbremse ganz hoch oben. Übrigens: Laut Schuldenbremse darf sich der Bund jährlich noch in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukt verschulden. Die „schwarze Null“ von Schäuble dagegen will auch diese Möglichkeit nicht mehr nutzen – was eine willkürliche Entscheidung des Finanzministeriums ist. Das Dilemma ist also: **Die Steuereinnahmen sind langfristig erheblich begrenzt durch eine Politik der Steuerentlastung. Die Ausgabenseite wiederum wird wegen der Schuldenbremse daran gehindert, wichtige auch von der Demografie bestimmte Zukunftsausgaben anzugehen. So gilt für das zukünftige Europa eine desolante Perspektive:**

**Deutsche Schuldenbremse, der europäische Fiskalpakt und die Stabilität- und Wachstumsvertrag sind die drei zentralen Bestandteile der europäischen Austeritätspolitik (Sparpolitik). Europas Zukunft wird mit einer umfassenden Sparpolitik beschränkt.**

### Anmerkungen zur Sparpolitik

Aber ich muss noch an einen fast ideologischen Hintergrund von Sparpolitik erinnern, der die Vorzüge einer Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche betont und aus einer ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung uns allen Wohlfahrtsgewinne verspricht. Das folgende Zitat stammt von dem klassischen Nationalökonom Simonde de Sismondi (1773-1842): „ Wenn ... der Reiche aus einem Einkommen Ersparnisse macht, um sie seinem Kapital hinzuzufügen, so nimmt er für sich einen kleinen Teil des jährlichen Produkts des Gewerbefleißes in Anspruch und er so läßt daher einen umso größeren Teil übrig, der im Austausch gegen Arbeit hingegeben werden kann.“

Ganz in Tradition dieser Klassik gilt bis heute in der Mainstream-Ökonomie: Was wir nicht konsumieren, also sparen, taucht als Investitionsgut irgendwie auf. Da aber „Arme“ kaum sparen können, werden die „Reichen“ diese wichtige Leistung aus ihrem hohen Einkommen erbringen. Natürlich spielen für das Wachstum des Sachkapitals die Investitionen eine große Rolle. Aber funktioniert das so, dass wir nur unsere Ersparnisse erhöhen müssen, um die Produktionsmöglichkeiten anzukurbeln und somit unsere zukünftigen Renten oder die private Altersvorsorge zu sichern ?

Hier ist zu bedenken: Wenn gespart wird, wir also nicht unser gesamtes Lohneinkommen für Konsum verwenden, führt das früher oder später zu einem Rückgang der Einkommen, weil die Produktion nicht abgesetzt wird und Entlassungen folgen.

*(Frau Merkel hat mit ihrem Beispiel von der schwäbischen Hausfrau übersehen, dass diese Einzelperson sparen kann, ohne dass sich ihr Einkommen ändert. Tun dies alle, sinkt die Nachfrage, Produktion und letztlich das Volkseinkommen).* Wir Sparer haben zusammen für einen Nachfrageausfall gesorgt. Sparen der Lohneinkommensbezieher ist nur dann nicht

schädlich, wenn kompensatorisch dafür Andere mehr Nachfrage entwickeln, als es ihr Gewinneinkommen zulässt.

Sie müssen sich entsprechend verschulden. Wie nun motiviert man Unternehmen sich mehr zu verschulden? Sicherlich nicht durch Zurückhaltung beim Konsum. Dann würden sich ihre Investitionen nicht rechnen.

**Mit anderen Worten: Alle Reformbemühungen, bei der Staatssanierung, bei der Rentenfinanzierung, bei der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge usw, die auf eine Erhöhung der privaten Ersparnis zielen, sind kontraproduktiv. Sie behindern die Investitionsdynamik und erhöhen die Massenarbeitslosigkeit.**

Wir haben in den Wirtschaftswissenschaften ganz explizit die Sorge vor Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung durch zu viel Sparen. Und für diese Gefahr sorgt auch eine falsche Einkommensverteilung. Eine Gesellschaft spart zu viel, wenn die Einkommensverteilung zunehmend jene begünstigt, die aus ihrem hohen Einkommen viel sparen - und jetzt noch mehr, da der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer unter Schröder auf 42 Prozent gesenkt wurde.

Der berühmte Ökonom John Maynard Keynes (1883-1946) hat folglich die säkulare Stagnation damit erklärt: Die Armen würden mehr nachfragen, können es aber nicht, weil sie zu wenig Geld haben. Die Reichen können mehr nachfragen, tun es aber nicht, weil sie sparen. Deshalb ist eine Politik, die die Bedeutung der Nachfrage für die wirtschaftliche Entwicklung betont, prinzipiell sozialer, weil sie berücksichtigt, dass die breite Masse der Beschäftigten ein befriedigendes Einkommen zu haben hat und dieses – das ist im Hintergrund der erwünschte Effekt für Ökonomen – auch zum großen Teil dem Wirtschaftskreislauf wieder zuführt, also eben nicht spart, sodass andere davon profitieren.

**Eine Politik, die die Besserverdienenden begünstigt, schafft daher keinen Wohlstand, eher das Gegenteil. Diese Politik unter Merkel (auch Schröder) hat genau diesen Fehler gemacht. Keine Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommenssteuer, keine Vermögensteuer, keine Abschaffung der Abgeltungssteuer, keine Reform der Erbschaftssteuer, die sog. leistungslose Vermögen aus Erbschaften steuerlich heranzieht.**

### [Eine alternative Wirtschaftspolitik ist möglich](#)

Ausgangspunkt sind ungedeckte gesellschaftliche Bedarfe in der Versorgung mit öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, mit Bildung und Gesundheit, in der Wohnraumversorgung, im Gesundheitswesen und in der Pflege usw.

Eine solche Alternative wird sicherlich aus 4 Säulen bestehen:

1. Die AG Alternative Wirtschaftspolitik hat eine Forderung nach einem umfassenden Investitions- und Ausgabeprogramm aufgestellt. Es beträgt jährlich etwa 130 Mrd und kompensiert Defizite im Straßenbau, Gesundheitswesen, Pflegeeinrichtungen, Schul- und Hochschulbau, also in Bereichen des qualitativen Wachstums und öffentlicher Güterversorgung

Vorgesehen sind in folgenden Bereichen jährlichen Ausgaben (in Mrd Euro):

Bildung: 25

Verkehrsinfrastruktur: 10

Kommunale Ausgaben: 10

Energetische Gebäudesanierung: 5

Lokale Pflegeinfrastruktur (Pflegeheime): 20

Zusätzliche Arbeitsmarktausgaben 30

(z.B. Aufstockung von Arbeitslosenhilfe „Hartz IV“ um 10)

2. Es muss zwingend Arbeitszeitverkürzung (AZV) planvoll integriert werden, weil die – wenn auch nur leicht - steigende Arbeitsproduktivität , was ja nichts anderes ist als Arbeitseinsparung, planvoll in gesellschaftlich breit verteilte AZV umgeformt werden soll.

3. Wir wollen auch den Sektor der sozialen Dienstleistungen ausbauen. Das ist beschäftigungsschaffende Produktion von Leistungen, die sich um die demografische Entwicklung der Gesellschaft als auch der jedes einzelnen Menschen ranken (Erziehung, Gesundheit, Pflege, Kultur). Orientierung sind hier die skandinavischen Länder, die etwa doppelt soviel Beschäftigte pro 100 000 Bewohnern in sozialen Dienstleistungen beschäftigt haben als Deutschland. Wir versprechen uns vom Ausbau der sozialen DL einen hohen Beschäftigungseffekt, weil er sowohl hohe Beschäftigungschancen für Frauen schafft als auch Frauen von häuslichen Pflege- und Betreuungsaufgaben entlastet und sie folglich dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung stellt.

4. Eine expansive Lohnpolitik hat hier die Aufgabe, als Alternative zu einer künftig nicht mehr auf Exportüberschüsse setzende Strategie die Binnennachfrage zu stärken. Wir wollen die Binnennachfrage auch stärken, um über mehr Importe die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu reduzieren. Eine expansive Lohnpolitik muss die Kaufkraft großer Teile der Bevölkerung auch deshalb stärken, weil mit der demografischen Entwicklung der Bedarf nach sozialen Dienstleistungen steigt. Schließlich soll nicht die billigste, sondern die qualitativ beste Pflegeeinrichtung gewählt werden können. Und mit starken Lohnerhöhungen wollen wir über mehr Nachfrage für zusätzliche Arbeitsplätze zu sorgen

Wichtig ist eine klassische Finanzierung aus:

### 1. Steuererhöhungen

- Wir brauchen ein leistungsfähiges Steuersystem, das für ein ausreichendes Steueraufkommen sorgt, um die gesellschaftlichen Bedarfe und Aufgaben zu finanzieren
- Dazu dient u.a. die Wiederbelebung der Vermögenssteuer mit einem Steuersatz von 1 Prozent auf Vermögen von mehr als 500 000 (1 Mio) und Freibeträgen pro Kind in Höhe von 100.000.
- Die ausgeschütteten Gewinne aus der Veräußerung von inländischen Unternehmensbeteiligungen werden nicht mehr steuerfrei gestellt
- Die Körperschaftssteuer wird wieder von derzeit 15 auf 30 Prozent erhöht
- Zudem soll die Gewerbesteuer durch eine Gemeindefinanzierungssteuer ersetzt werden, um alle Gewerbetreibende- also auch Arztpraxen, Rechtsanwaltsbüros etc – zu Steuerzahlungen in der Gemeinde heranzuziehen
- Kapitaleinkünfte sollen wieder mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz und nicht mit dem Reiche begünstigten Abgeltungssatz (Steinbrück: „Lieber 25 Prozent von X als 50 Prozent von Nix) versteuert werden
- Besonders im Bereich der Betriebsprüfung in den Finanzverwaltungen muss eine personale Aufstockung der Beschäftigten erfolgen, weil Betriebsprüfungen, Nachprüfungen bei Millionären regelmäßig zusätzliche Einnahmen erbringen, die weit über den Kosten der zusätzlichen Prüfungen liegen.
- Eine zügige Einführung der Finanztransaktionssteuer auf spekulative Devisengeschäfte soll den Staat an den Gewinnen der Spekulanten beteiligen.
- Der Einkommenssteuersatz soll wieder auf 53 Prozent erhöht werden.
- Die Schuldenbremse bremst auch die notwendigen Zukunftsinvestitionen des Staates aus und ist zu ersetzen durch eine Steuersenkungsbremse (Bofinger vom Sachverständigenrat!), damit keine Ausgabenbeschränkungen durch unzureichende Steuereinnahmen wie gegenwärtig erfolgen müssen

### 2. Selbstfinanzierung

Wir wollen in unserem Programm auch die Selbstfinanzierungseffekte unserer Ausgaben nutzen. Die Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit hat immer erhebliche Selbstfinanzierungsaspekte. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB erhebt regelmäßig die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit. Diese betragen in 2015 rd. 56 Mrd Euro. Eine erfolgreiche Reduzierung der Arbeitslosigkeit würde hier sinnvolle Einsparungen schaffen.

Und wir haben bei staatlichen Ausgabeerhöhungen immer Multiplikatoreffekte, also Staatsausgaben, die das Bruttoinlandsprodukt um ein mehrfaches erhöhen. Diese Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts führt auch zu steigenden Steuereinnahmen, finanzieren also nachträglich einen Teil der Staatsausgaben.

### 3. Kreditaufnahme.

Wir schlagen vor, öffentliche Nettoinvestitionen, die Wachstum für künftige Generationen schaffen, immer über Kredite zu finanzieren. Denn es ist gerecht, dass künftige Generationen auch zur Finanzierung über den Schuldendienst herangezogen werden. Anderenfalls tragen heutige Generationen, die alles für künftige Generationen jetzt zur Verfügung stellen, über höhere Steuern oder Ausgabenkürzungen eine verhältnismäßig hohe Last allein.

4. Weiterhin gilt es, die Rückkehr zum Umlageverfahren im Rentensystem anzustreben. Dafür müssen auch Selbständige in das Rentensystem einzahlen. Und hier kommt auch der Lohnpolitik eine wichtige Aufgabe zu: Eine aktive Lohnpolitik, die regelmäßig eine Teilnahme der Lohnabhängigen am Produktivitätsfortschritt sichert und Preissteigerungen ausgleicht, also für keine Lohnquotenverschlechterung sorgt, ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass das umlagefinanzierte Rentensystem auch mögliche zeitlich befristete besondere Herausforderungen bewältigt. Dann gibt es keine Finanzierungsprobleme.

Beispiel: Bei 1,25 Prozent Produktivitätsanstieg bis 2050 hat ein Arbeitnehmer statt jetzt durchschnittlich 3000 (incl. Arbeitgeberbeitrag zur RV) dann real 5583 €. Wenn er früher angenommen 20 Prozent für die Rentenversicherungsanstalt abgeführt hat (3000 – 600), verbleiben 2400 real. Wenn sich nun die Beiträge sogar auf – angenommen - 30 Prozent erhöhen (5583 - 1675), verbleiben 3908 real. Damit wäre das Einkommen selbst bei Rentenbeiträgen von 30 Prozent real um über 60 Prozent gestiegen. Dabei ist noch nicht einmal ein möglicher Abbau der Arbeitslosigkeit berücksichtigt. **Das umlagefinanzierte Rentensystem ist also sehr wohl in der Lage, Belastungen aus der demografischen Entwicklung zu verkraften. Allerdings: Die Lohnpolitik muss die Teilhabe am Produktivitätsfortschritt und Inflationsausgleich sichern.**

Daher fragt zurecht der Ökonom Gerd Bosbach: Soll mit dem Hammer „Demografie“ abgelenkt werden von der Abkoppelung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer vom Produktivitätsfortschritt ? Das aber wären politische Entscheidungen, die nichts mit dem gesellschaftlichen Alterungsprozess zu tun haben.